

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Montag nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Preußen 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Preisbuch begibt für Deutschland ab und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Zahlungsmittel: Reichsmark, für Ost-Preußen und Österreich 10,- M. Reichsmark, für die übrigen Länder 10,- M. Reichsmark. Expedition und Verlag: Berlin S. O., Werthe Straße 8-9.

Die erste Ausgabe des Monatsheftes über den Krieg kostet 5,- M., einschließlich Postgebühren. Kleine Ausgaben: Das festgedruckte Heft 2,- M., jedes weitere Heft 1,50 M., einschließlich Postgebühren. Große Ausgaben: Das festgedruckte Heft 3,50 M., jedes weitere Heft 3,- M., einschließlich Postgebühren. Das festgedruckte Heft 1,50 M., jedes weitere Heft 1,- M. Gedruckt in Berlin. Druckerei: Zentral-Druckerei, Berlin S. O., Werthe Straße 8-9.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Vorfriede in Riga unterzeichnet

Die Dauer des Waffenstillstandes II. Warschau, 12. Oktober.

In einer Extraausgabe meldet das Blatt „Korob“ aus Riga, daß gestern vormittag der Waffenstillstand und das Vorfriedensabkommen von den russischen und polnischen Vertretern unterzeichnet wurde. Das Waffenstillstandsabkommen besagt u. a., daß die polnischen und russischen Truppen sich 15 Kilometer von der Demarkationslinie zurückziehen sollen. Die dadurch entstehende 30-Kilometerzone wird als neutral erklärt. 144 Stunden nach dem Waffenstillstandsabkommen werden die Feindseligkeiten gegenseitig eingestellt. Der Waffenstillstand wurde für 21 Tage abgeschlossen. Sollte er bis zu dieser Zeit nicht gekündigt werden, dann läuft er automatisch bis zur Ratifizierung der Friedensverträge weiter. In dem Vorfriedensvertrag ist gesagt, daß beide vertragsschließenden Parteien die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrusslands anerkennen.

Wrangels Pläne

Die bedenklichen Erfolge des Generals Wrangels, der bereits das Rahlengebiet Sowjetrußlands bedroht, verdienen die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterklasse. Ist es doch klar, daß neben den Ernährungsschwierigkeiten nur sein schneller Vormarsch die Russen zu dem Frieden von Riga gezwungen hat. Der polnische Krieg mußte beendet, die Armee gegen die Wrangelfront geworfen werden. Wrangel hat in Sebastopol einen Vertreter des Pariser reaktionären „Gaulois“ empfangen und sich zu ihm folgendermaßen geäußert:

„Wenn der Bolschewismus gestürzt ist, wird in Moskau eine provisorische Regierung eingerichtet werden, die eine Nationalversammlung einberufen wird. Dann würde er seine militärischen Operationen sofort einstellen. Den Fiume, den ein Denikin bezieht, nach Moskau zu marschieren, um Lenin mit den Bajonetten seiner Soldaten zu kürzen, wolle er nicht begreifen; eine derartige Expedition sei aussichtslos, weil das russische Gebiet so ausgedehnt sei, daß es mit einer Armee nicht vollkommen durchdrungen werden könnte. Wrangel sagte dann, er wolle die Krim zu einer Festung ausbauen, um für die Fortsetzung des Feldzuges und alle Eventualitäten gewappnet zu sein. Er wolle seine Streitkräfte niemals weiter vortreiben, als bis er in den eroberten Gebieten die Ordnung wieder hergestellt habe. Polen müsse sich mit Wrangel verständigen und unter diesen Bedingungen könnte für das Frühjahr 1921 der endgültige Sturz des Bolschewismus erwartet werden.“

General Wrangel unterscheidet sich von den Koltschaks und Denikins nur dadurch, daß er vorübergehend eine schlaue Taktik anwendet, um die Bauern für sich zu gewinnen. Nach

den vorliegenden Meldungen scheint Wrangel das durch die Revolution geschaffene Privateigentum an Landbesitz bisher noch nicht angetastet zu haben. Sollte er aber weitere Erfolge erzielen, dann würden die Bauern sehr bald seine wahren Absichten kennen lernen. Wrangel denkt auch nicht daran, irgendwelche demokratischen Rechte auf die Dauer zu gewährleisten. Er ist der typische baltische Reaktionär. Sein Ziel ist die Vernichtung der Sowjetmacht, die Wiederaufrichtung der alten zaristischen Herrschaftsform.

Die antibolschewistische Front

Der Vertreter der ukrainischen Weisurausregierung Szeleni protestierte bei dem Vorsitzenden der polnischen Delegation energisch gegen die Anerkennung der Sowjetrußland durch die polnische Republik. Gleichzeitig kündigte er den unerlöschlichen Kampf gegen die Bolschewisten an. In Warschau finden zwischen den Vertretern Wrangels und den Vertretern der Weisurausregierung, General Belachowicz und Sawinko, Verhandlungen statt über die Zusammensetzung aller konterrevolutionären Streitkräfte. Wie es heißt, soll in den nächsten Tagen ein Offensivbündnis abgeschlossen werden.

Das polnische Doppelspiel

Der Vorstoß des Generals Zeligowski auf Wilna wird von der polnischen Regierung angeblich nicht gebilligt. Aber es steht fest, daß die polnische Regierung in dieser Frage ein durchsichtiges Doppelspiel treibt. Ihre Vändergier kennt keine Grenzen und sie hat das Verlangen, Wilna zu besitzen, noch keinen Augenblick aufgegeben. Der „Rebellengeneral“ Zeligowski ist lediglich eine vorgeschobene Puppe. Er soll die West vor eine fertige Tatsache stellen, während die Warschauer Imperialisten schon den Saft aufhalten, um die Beute einzuhoheln.

Um die Stimmung für den neuen Raubzug vorzubereiten, hebt die polnische Regierung ihrerseits gegen Litauen. Das kleine Ländchen, das der polnischen Uebermacht nicht standhalten kann, soll auf einmal den Angreifer spielen. Es wird behauptet, litauische Patrouillen hätten, ungeachtet des Waffenstillstandes, die Demarkationslinie überschritten. Die polnische Bevölkerung jenseits der Grenzen bitte dauernd um Hilfe und Schutz vor Plünderungen usw. Das alles ist natürlich nur ein Vorwand der Warschauer Regierung, um ihre Haltung Litauen gegenüber zu rechtfertigen. Es ist die Vorbereitung für die Völkervergiftung Wilnas durch die Polen, um die Gründe ist es dabei nicht verlegen, und es muß sich nun zeigen, welche Haltung der Völkerbund einnimmt, der die Unabhängigkeit Litauens garantiert hat.

des revolutionären Gefühls. Die Verfolgungen wegen „Klassenhaß“ werden aber den Klassenhaß nicht beenden, sondern mächtig steigern und diese Gewalttäter hinwegfegen.

Unfinnige Gerüchte

Das Pressebureau der russischen Friedensdelegation in Riga richtet folgende Mitteilung an die auswärtigen Zeitungskorrespondenten: „Die Meldungen von allerlei angeblichen Meutereien, Rebellionen und Bauernaufständen in Rußland, welche in der letzten Zeit die Kunde durch die gesamte europäische Presse machten, sind vollkommen widersinnig und ganz aus der Luft gegriffen. Alle diese Meldungen stammten aus Helsinki, wo eine der Sowjetregierung feindliche Pressezentrale ihren Sitz hat und lägenhafte Nachrichten in die Welt hinausposaunt. Für die Stimmung der russischen Bauern ist der Umstand bezeichnend, daß der bekannte Bauernpartisanenführer Racho, der eine kurze Zeit lang mit Wrangel zusammenging, jetzt dem Heereskommando der roten Soldaten seinen unbedingten Anschluß zwecks gemeinsamen Vorgehens gegen Wrangel freiwillig angeboten hat. Es ist klar, daß die Bauern durchaus kein Zutrauen zu Wrangel haben und auf seine Vernichtung hinarbeiten.“

Zu den lägenhaften Meldungen der letzten Tage, die die ausgesprochenen Absicht verfolgen, die Stellung der russischen Regierung während der Verhandlungen in Riga zu erschweren, gehört auch die aus polnisch-französischen Kreisen stammende, sinnlose Nachricht, daß die Sowjetregierung angeblich Wrangel einen Waffenstillstand vorgeschlagen habe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser letzte Verräter der russischen werktätigen Massen das Schicksal Koltschaks, Denikins und anderer Vorgänger, trotz Unterstützung seitens der französischen Despotenpolitik teilen wird.“

Mobilisierung in Rußland. Der Rat der Volkskommissare für Arbeit und nationale Verteidigung hat, wie aus Moskau berichtet wird, eine Bekanntmachung erlassen, wonach alle Bürger Sowjetrußlands, die in den Jahren 1886, 1887 und 1888 geboren sind, mobilisiert werden.

Der Bankrott

B. A. Reichskabinett und Reichsrat sind mit Zahlenangaben über die Verschuldung und den Haushaltsvoranschlag des Reiches an die Öffentlichkeit getreten, die nicht weniger als die Deklaration des Bankrotts bedeuten. Die Summe der schwebenden Schuld ist von Monat zu Monat lawinenartig gewachsen und nimmt angesichts der mangelnden Steuereinzahlung weiter zu. Der Reichsbankausweis der letzten Septemberwoche, der soeben publiziert worden ist, zeigt eine Neuausgabe von etwa 3 Milliarden Papiermark an, die in den Umlauf gepreßt und die katastrophale Inflation (Aufblähung) erneut verstärkt haben. Das Anlagekonto der Bank, auf dem sich die Schahanweisungen des Reiches befinden, zeigt Milliardenbeträge, um die die Verschuldung weiter gewachsen ist. Die internationale Bewertung der Reichsmark zeigt seit mehreren Wochen eine scharf nach unten gerichtete Tendenz, und es ist angesichts der Lage des deutschen Geldmarktes und der Finanzwirtschaft der öffentlich-rechtlichen Körperschaften gewiß kein Grund zu einer optimistischen Beurteilung der valutarischen Entwicklung vorhanden.

In der Öffentlichkeit ist die im Erfolge des Finanzministers erwähnte Summe der Entschädigungszahlungen an die Auslandsdeutschen viel zu wenig beachtet worden. Es ist bereits seinerzeit, als der Beschluß von den geschickten Körperschaften gefaßt wurde, die Entschädigung in Goldmark, d. h. zum vollen Tageskurs zu leisten, darauf hingewiesen worden, wie unberechtigt eine derartige Maßnahme unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist. Das gesamte Proletariat leidet unter der Entwertung des Geldes, die im Zusammenhang mit den anderen Zerfallerscheinungen der deutschen und der internationalen Wirtschaft zu einer furchtbaren Verelendung und Verschlechterung der Lebenshaltung geführt hat. Zehntausende von arbeitslosen kleinen Rentnern, die ihre wenigen ersparten Tausendmarktscheine in preußischen Konsols oder Kriegsanleihe angelegt haben und auf die Zinsen aus denselben angewiesen sind, müssen die verringerte Kaufkraft des Geldes, durch die sie zumeist einem kaum erträglichen Zustand der Existenz überantwortet sind, tragen. Nur diese Kategorie von Auslandsdeutschen soll von jeder Wirkung der Verringerung des Geldwertes verschont bleiben und aus der Tasche des arbeitenden Volkes eine volle Vergütung ihres im Auslande beschlagnahmten Besitzes erhalten. Das Reichsfinanzministerium hat den dafür erforderlichen Betrag auf die kleine Summe von 131 Milliarden Reichsmark veranschlagt, und es ist errechnet worden, daß sich durch diese Verbindlichkeit des Reiches die Gesamtsumme der gegenwärtigen Verschuldung — ohne Inrechnungsetzung des Friedensvertrages — auf fast 420 Milliarden Mark erhöht.

Es ist überflüssig, darauf hinzuweisen, daß eine derartige Extravergütung an die Auslandsdeutschen den einfachsten Gelehrten der Billigkeit ins Gesicht schlagen muß und daß es eine Propagation des arbeitenden Volkes darstellt, wenn man in einer so katastrophalen Lage daran denkt, eine Anzahl Vollgenossen in einer Form zu entschädigen, die sie vor jeder Teilnahme an den allgemeinen Verlusten der Wirtschaft bewahren soll. Wenn man uns damit vertrösten will, daß auf dem Wege über die Vermögensbesteuerung ein nicht unwesentlicher Teil dieser Summen wieder an das Reich zurückfließen werde, so sind wir der Ansicht, daß die Erfahrungen, die wir bisher mit den von der Nationalversammlung beschlossenen und mit den schönen Worten Kropfer und Kriegsgewinnsteuer bezeichneten Abgaben gemacht haben, uns nicht die Ueberzeugung beizubringen vermögen, daß diese Summen reißlos herangezogen und steuerlich erfaßt werden. Nachdem das Märchen von dem Kriegsgewinnsteuer, der seine sämtlichen Gewinne, die 172 000 Mark übersteigen, als Steuer an das Reich abgeführt hat, noch immer nicht zur Wirklichkeit geworden ist und Schieber, frisch gebadene Millionäre und in hohen Diabenden und Ueberbüscheln schwimmende Unternehmer sich noch immer des vollen Genusses ihrer Gelder erfreuen, sind wir der Ueberzeugung, daß die Technik der Steuerdeklaration, die in einer Zeit allgemeiner Not aufs feinste ausgebildet worden ist, auch in Zukunft ihre Ruhmstempel vor allzu schweren Abgaben bewahren wird. Schon aus diesem Grunde fordern wir, daß die riesen Summe der Entschädigung nicht ausbezahlt, sondern der früher gefaßte Beschluß einer Revision unterzogen und eine entsprechende Veränderung der Vorschriften über die Entschädigung der Auslandsdeutschen schleunigst vorgenommen wird!

Die Steuereinnahmen des Reiches, deren Höhe für die ersten Monate des laufenden Jahres offiziell bekanntgegeben worden ist, stehen in einem traffen Mißverhältnis zu den laufenden und einmaligen Ausgaben des Reiches. Die Anforderungen des Friedensvertrages, die z. B. in den Summen für das Besatzungsheer im Westen eine schwerwiegende Illustration erfahren haben, belasten das Budget in außerordentlichem Umfang. Die Kosten des Verwaltungsaufwandes, des Heeres und der Flotte, des Lebensmittelzuschusses usw., erfordern Milliarden, für die keine Deckung vorhanden ist. Selbst die optimistischsten Schätzungen des Steuerfiskus bleiben weit hinter der Summe der Ausgaben zurück, die offiziellen Berechnungen zeigen, daß noch nicht einmal die

Die ungarischen Verschwörer Waffenschmuggel zwischen Wien und Budapest III. Wien, 12. Oktober.

Der ungarische Major Vidak hat hier sechs Waggons Ausrüstungsgegenstände gekauft. Als das österreichische Frachtamt die Ausfuhrbewilligung verweigerte, erwirkte er eine Ausfuhrbewilligung nach Bayern und bestach den Leiter des Bayerischen Lloyd, Karl Bauer, und den Finanzkommissar auf der Schiffstation des Bayerischen Lloyds, Johann Agner, und ließ die sechs Waggons Heeresausrüstungsgegenstände als Heideklamation abgehen. Diese sechs Waggons wurden auf einen Schlepper verladen, der nicht nach Bayern ging, sondern nach Budapest. Bauer hat 300 000 Kronen dafür erhalten. Nunmehr suchte Vidak mit Hilfe eines Betriebsrates im Arsenal 50 000 Gewehre, 1500 Maschinengewehre und 4 Mill. Patronen zu erlangen, um sie ebenfalls nach Ungarn zu bringen. Vidak verabsorgte zunächst 70 000 Kronen an den Betriebsbeamten und stellte weitere drei Millionen Kronen in Aussicht, falls der Transport gelingen sollte. Der zweite Streich ist aber nicht gelungen. Vidak sowie der ungetreue Betriebsbeamte und ein Hauptmann namens Pastor wurden verhaftet.

Politische Verhaftungen in München III. München, 12. Oktober.

In der letzten kommunistischen Protestversammlung gegen die Verhaftung des Abgeordneten Eisenberger war von mehreren Rednern zum Klassenhaß und zu Gewalttätigkeiten gegen die bürgerliche Gesellschaft aufgefordert worden. Die Polizei verhaftete gestern nachmittag drei jugendliche Versammlungsteilnehmer, die sich als Diskussionsredner besonders hervorgetan hatten.

Die Verletzung der Immunität von Eisenberger war bereits ein schamloser aber echt bayerischer Rechtsbruch. Wenn jetzt die Polizei gegen alle politischen Diskussionsredner über und unter 17 Jahren losgelassen wird, so werden bestenfalls dadurch die Zeiten des Sozialistengesetzes wieder hergestellt werden. Was dabei herauskommt, wissen wir ja: eine gewaltige Stärkung

Hälfte durch sie gedeckt werden kann! Alle Ersparnisse, die in den einzelnen Ressorts gemacht werden sollen und können, sind demgegenüber mehr als unzulänglich. Auch der Reichskommissar, den man jetzt berufen hat und der für eine Verringerung der Ausgaben zu sorgen haben wird, kann gegenüber diesen Zuständen keine durchgreifende Besserung erzielen. Hier hilft keine Reform an dem einen oder anderen Zweige, kein Abstreichen von Einzelausgaben und von Beamtenstellen, es muß eine Umwälzung vor sich gehen, die das ganze Gebäude der gegenwärtigen Wirtschaft ergreift.

Es ist unmöglich, die Staatswirtschaft in Ordnung zu bringen, ohne eine neue und organische Verknüpfung zwischen Staats- und Volkswirtschaft durchzuführen. Die wirtschaftliche Kraft des gesamten Volkes muß der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Wer des Glaubens ist, mit den Mitteln der Steuererhebung und der kapitalistischen Staatsfinanzpolitik bis in die Wurzeln des Übels vordringen und die Gesundung herbeiführen zu können, der wird sehr bald einsehen, daß dieses Mühen vergeblich bleiben muß. Nicht die immer wieder fehlgeschlagenen Versuche einer Sanierung durch Zwangsanleihen und Notopfer können von einem tatsächlichen Erfolg begleitet sein, sondern nur die rückwärtslose Ueberwindung der großen Vermögenswerte auf die Gesellschaft und ihre produktive Nutzung mit den vorhandenen Kräften und zum Besten der Gemeinschaft. Nur die konfiskatorische Vermögenssteuer, die zu gleicher Zeit Einleitung und Mittel einer umfassenden Sozialisierung sein muß, kann uns vor dem Chaos bewahren, dem wir im Eiltempo entgegengehen. Der Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft, der in diesem Zusammenbruch der Staatswirtschaft symbolischen und tatsächlichen Ausdruck gefunden hat, darf nicht auf dem Wege über einen Afford zu einer Wiederaufrichtung des Kapitalismus führen, sondern er muß mit den zusammengefaßten Kräften des Proletariats zur Basis der sozialistischen Umgestaltung gemacht werden.

Moskau an Halle

Unter diesem verlockenden Titel veröffentlicht die „Rote Fahne“ ein „Offenes Schreiben an alle Mitglieder der Unabhängigen Partei Deutschlands“. Das Schreiben war auch uns zugegangen, aber nicht von unserem Zentralkomitee und auch nicht vom Pressedienst der Partei, sondern von der Kommunistischen Korrespondenz, die von den Anschließbeschwörern in unserer Partei herausgegeben wird. Wir schließen daraus, daß dieses offene Schreiben des Moskauer Exekutivkomitees nicht an die offiziellen Organe unserer Partei, die die Gesamtheit der Partei als solche immer noch betrachten muß, gesandt worden ist, sondern an die Gruppe der Moskau-Anhänger, deren Einrichtungen und Körperlichkeiten, ferner deren Organisationen in Moskau also anscheinend bereits als die maßgebenden Instanzen der U. S. P. gelten. Schon aus diesem Grunde nahmen wir von dem Abdruck des Dokuments, das ganze Seiten unseres Blattes füllen würde, zunächst Abstand.

Fernerhin war für uns entscheidend, daß wir in dem Moskauer Schreiben nichts Neues vorgefunden haben. Das sehr lange Dokument wiederholt alle die schiefen Darstellungen, Entstellungen und Anwürfe gegen die U. S. P., die uns seit Jahren aus der „Roten Fahne“ bekannt sind, und mit denen wir uns oft genug beschäftigt haben. Das ganze Schriftstück wirkt wie ein konzentrierter Extrakt aus den Sammelbänden dieses Blattes. Wir erwähnen als Beispiel, die auch in diesem Schreiben wiederkehrende Behauptung, die Führer unserer Partei hätten das erste Antimorschreiben des Moskauer Exekutivkomitees absichtlich und aus hinterhältigen Gründen lange Zeit verschwiegen und sie seien aus Befragen von Moskau nur in der Lage gewesen, als Motiv dafür die Papierkrise in Deutschland anzugeben. So geht es seitens weiter. Das alle Märsche von der frühzeitigen Einberufung des Parteitages in Halle, die als „bewußte Gaunerei“ bezeichnet wird, ausgeht zu dem Zweck, „die Meinung der bürokratischen Oberschicht für die Meinung der Arbeiterklassen abzugeben“ — dieses Märchen begegnet uns auch hier wieder. Die Namen Kautsky, Hilferding, Crispian werden dühnend in dem Schreiben wiederholt, als seien sie der Mittelpunkt der Weltgeschichte.

Großstadtsonntag

Von Kurt Mentzer

Die Nachmittagssonne scheint aus wolkenlosem Himmel über der Kleinstadt. Heiße Dünste von breiten Asphaltstraßen permeieren sich mit dem schwülen Duft, der aus den schmalen Gassen mit hohen Mietshäusern und vielen engen Höfen aufsteigt. Die Luft in ruhelosem Durcheinander sich drängenden Menschenmassen sind aus den Straßen im Innern der Stadt verschwunden. Sonntag, Ruhetag.

Leute, wie die drückende Luft, treiben einzelne Gestalten im Schatten toller Geschäftspassagen vorbei. Niemand weiß, weshalb sie um einen Sonntag draußen im Freien betrogen hat. Drei junge Mädchen stehen zögernd vor einem Kaffeehaus, von dem ihre hoffenden Augen sich nicht lösen können. Angewidelt hält eine die andere fest. Das Halbdunkel drinnen bedeutet ihnen Ruhe, die Begegnung laubert ihnen Leben und der Glanz bronzenener Kronleuchter heißt ihnen Freude.

Wer kommt und sagt ihnen, daß dies nicht das Leben ist, das sie da lebt, daß dort nicht der Frühling ist, nach dem sie sich sehnen, wenn sie im Welt liegen, schlaflos mit ihren Wünschen, ruhelos nach dem langen Tage in lauten Fabriken und staubigen Häfen?

Niemand führt sie vorbei an ihrem Wege. Niemand spricht väterlich zu ihnen. Andere Worte hören sie — und sind noch so jung. Und glauben, glauben an das Glück ihrer älteren Schwestern, die drinnen im Zigarettenrauch liegen und von der Lebensfreude belogen werden.

Und dort, jenseits des Fahrdamms in glühender Sonne? Hoffige Schritte, die auch heute noch im Takt des Werttages gehen müssen. Vielleicht ein Musiker, der aus überfülltem Konzertsaal zu seiner Arbeitstätte eilt. Vielleicht auch einer von den vielen Angehörigen, die nur das Nachgehirn der Kleinstadt zählet. Die keine Zeit mehr kennen und keinen Sommer, bis ewig hegen und geachtet werden von dem Wolke Gold. Die selbst im Schlaf noch die Hände zusammenraffen, als sollte ihnen der Lohn ihres gleichen Raffens entzogen werden. Oder ist es einer von den Namenlosen, Unglücklichen, die ziel- und planlos umherirren, ein neues der täglichen Opfer, ausgeliefert von dem stampfenden Leben der Großstadt, nachdem Seele und Körper ausgepreßt worden sind? Vielleicht! Wer weiß es?

Keiner kennt den anderen. Alle tragen sie ihre Seele eingekapselt. Wer ist das nächste Opfer? Ewig, ruhelos treibt sie die Furcht im Norden. Bin ich? Und alle sind sie heimlich Feind untereinander.

Draußen vor der Stadt blühen Gärten an weiten Seen. Im Schatten dunkler Bäume stehen bunte Häuser, umweht von Luft, die nicht den Ruh aus großen Schornsteinen aufgesogen hat. Hobe Eisenstiege trennen zwei Welten. Kein Klageruf dringt von der dunklen, hier kaum geahnten Stadt herein. Illusionen.

Die Sieger unten im Kampf erholen sich hier in kurzer Atempause. Doch die meisten Häuser sind leer und verdet. Die Sieger

Alle diese Dinge, die von uns in ausgiebiger Debatte und eingehenden Darstellungen behandelt, alle diese Einwände, die uns von oft widerlegt worden sind, werden dadurch nicht neu und nicht wahr, daß man sie wiederholt, nachdem sie auf dem Umwege über Moskau nach Deutschland zurückkehren. Eingekleidet dazwischen finden wir in dem Dokument die üblichen hochmütigen Behauptungen, die unsere Parteigenossen unseres Erachtens nie gebraucht haben, die sie aber jetzt, nach der gründlichen Diskussion der Anschließfrage, erst recht nicht mehr benötigen. Wir lehnen es daher ab, die ganze langweilige Moskauer Auseinandersetzung zu veröffentlichen und begnügen uns mit dieser Charakterisierung des Schriftstückes. Der Parteitag in Halle ist beschaffen und dort wird die Entscheidung über die Zukunft der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fallen, nicht in den Spalten der „Roten Fahne“ und nicht im Moskauer Exekutivkomitee.

Pressemann über die 21 Punkte

In zwei Artikeln der „Humanität“ behandelt Genosse Pressemann die 21 Moskauer Bedingungen, die er jetzt in der „Humanität“ veröffentlicht werden. Er zitiert die von den Anschließbeschwörern geschilderte verbreitete Meinung, für die französische sozialistische Partei seien andere, gemäßigtere Bedingungen gültig als für die deutschen Unabhängigen. Er beruft sich zum Beweis unter anderem auch auf das Schreiben der Genossen Stöcker und Däumig an die „Humanität“.

Während Pressemann einige Punkte bei geringfügiger abweichender Formulierung für annehmbar hält, weist er den größten Teil der Bedingungen mit aller Entschiedenheit zurück. Von Punkt 5 laut Pressemann, er verzichte eine solche Anerkennung der landlichen Verhältnisse in Frankreich, daß seine Annahme unmöglich sei. Punkt 6 entspreche ganz seinen Auffassungen über Pazifismus und Völkervereinigung. Die Zustimmung zu dieser Bedingung sei ihm auch um so leichter, als er, ganz im Gegensatz zu gewöhnlichen Parteigängern der 2. Internationale, welche den „Krieg als ans Ende“ predigen, seit die 11 Klassen existieren habe, die sich mit dem matten Begriffe „Pazifismus“, „Völkervereinigung“ und „Demokratie“ verbunden haben. Punkt 7 (Bund mit Reformismus und Zentralismus, sowie Ausschluß von Longuet) bedeute die Spaltung der Partei. Der geforderte Ausschluß des Genossen Longuet und die Bewillkommnung von Genossen in Moskau, die, wie Desaliniere, während des Krieges zu den hartnäckigsten Verleumdern seiner kriegsfeindlichen Politik gehörten, mache die Politik zu einer Possen. Ueber die Frage, wer den Ausschluß aus der Partei verdient habe, müßten die französischen Sozialisten selbst entscheiden; sie allein vermögen zu urteilen, ob eine Spaltung notwendig sei.

Zu Punkt 8, der die tätige Förderung aller Selbstständigkeitsbewegungen in den Kolonien verlange, schreibt Pressemann: „Sehr gut, was das Prinzip anbelangt; aber wer sieht nicht, daß uns die Logik in neue Kriege zur Befreiung „unterdrückter Nationen“ und der Kolonialländer führt. Thomas! Welch eine Wiederaufrichtung feiert die von dir im Kriege unterstützte Politik! Und ihr, aus dem Heere entlassenen Sozialisten, Parteigänger der dritten Internationale, haltet euch bereit, zu dem neuen letzten Krieg zur Befreiung der Völker (o, bürgerliche Ideologie!), den uns die Parzisten von Moskau vorbereiten. Ist es das auch, was ihr wollt?“

Auch gegen die Punkte 9 und 10 wendet sich Pressemann. Was die in Punkt 11 geforderte Revision der Parlamentarismusklausel bedeutet, lasse sich daran erkennen, daß nach Auffassung Moskaus, der Fraktion der französischen Kammer nur zwei Kommunisten, dagegen 21 Sozialisten und 40 Vertreter angehören!

Was die periodischen Reinigungen anbelangt, meint Pressemann, so wären, wenn man diese schon in der Vergangenheit angewendet hätte, viele jetzt, die heute für den Anschlag an die dritte Internationale einträte, schon lange dem Ausschluß aus der Partei verfallen.

Der ferner von Moskau geforderte Zentralismus sei unverträglich mit der notwendigen Autonomie der Parteien innerhalb ihres Landes. Ebenso sei die Namensänderung zu verwerfen. Es sei nicht einzusehen, warum Zeit damit verloren werden soll, den Arbeitern die Gründe zu erklären, warum man nicht mehr Sozialist, sondern plötzlich Kommunist geworden sei, und daß recht dessen, Sozialist doch gleichbedeutend mit Kommunist sei. In Frankreich würde Väterlichkeit tödlich!

Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten. Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, sind die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1919 letzten im Verlag von Decker, Berlin SW 19, erschienen. Sie enthalten vorwiegend Berichte über die Durchführung der mannigfachen Demobilisierungsmaßnahmen, die den Uebergang von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft erleichtern sollten.

Im Tanz um das goldene Kalb sind nicht gefesselt an den Lärm der Stadt. Sie liegen am Strand der Meere, prellen in kühlen Wellen die brennende Sonne und erhitzen sich am lauen Abend auch neu am Spielfeld.

Aus einer Villa ertönen Stimmen. Auf breiter Veranda im Schutze einer rot-weiß gestreiften Markise eine bunte Gesellschaft. Nur durch einen Spalt sind die leichten Kleider der Damen, die weißen Sporthemden der Herren zu erkennen. Aber ihre Worte sind deutlich zu hören.

„Sagen Sie sich doch hierher, Herr Kommerzienrat“, läßt eine tiefe, volle Stimme. „Sie sitzen hier ja viel bequemer.“ Und dann im leichten Ton der Unterhaltung:

„Ja, natürlich, wir werden eben bis zum Herbst warten müssen, bis das Geschäft wieder losgeht. Aber mit den Preisen geht ich nicht ranter.“

„Ganz richtig! Der Bedarf ist ja noch immer vorhanden“, hört man die lächelnde, bewegliche Stimme des Kommerzienrats. „Im vorigen Jahr hatten wir dieselbe Krise, und nachher waren wir froh, daß wir das große Lager noch hatten. Allerdings, ich glaube, diesmal wird es doch ein bißchen anders werden, aber...“

„Gewiß, gewiß, angefertigt wird bei mir auch kein Stück Ware mehr. Erst muß das Lager mal verkauft sein. Ich habe gestern fünfzig Arbeiter entlassen. — Uebrigens, wie schmeckt Ihnen die Zigarre? Was wollen wir uns heute den Kopf zerbrechen. Jetzt ist doch nichts zu machen. Und was kann uns schon groß passieren. Das Lager ist doch noch billiger angefertigt. Warten wir ab.“

Von drinnen hört man eine Mädchenstimme: „Soll ich die Weingläser hier auf die Veranda bringen?“

Hoch im Norden der Stadt führt eine schnurgerade Straße hinaus ins Freie. Fabriken, weite Holzapfeln, Gassenstrecken dehnen sich endlos an beiden Seiten. Dazwischen müde, dankfällige Häuser, von Staub und Röhre alle in dasselbe Grau gefärbt. Die Sonne hat ihre heißen Strahlen zurückgeholt und liegt nicht über dem fernen Kleinstadtdach. Der Himmel färbt sich langsam in ein helles Rot. Die Straßenbahnen, vollgepackt mit Menschen, die sich nie vorher gesehen haben, laufen lärmend in dichter Folge zur dämmernden Stadt. Langsam folgen die Fußgänger in müden, zögernden Schritten. So, als könnten sie damit den Sommer tag zurückhalten. Junge Menschenkinder noch, aber schon eingesperrt hinter Maschinen und Pulken. Weißes Paare, eng aneinander geschmiegt.

Ein Mädchen blickt ihren Gefährten an. „Wie schön einem doch das Leben wird, wenn man den ganzen Tag im Freien liegt“, sagt sie und ihre Augen sprechen noch viel mehr.

Sie sieht nicht in ihrem Glanz, wie ihres Gefährten Blick geradeaus gerichtet ist. Sie empfindet nicht das Schweigen seiner Lippen, sie fühlt nur, wie er sie fester umfaßt und hört nur das Klopfen seines Blutes.

„Du“, flüstert sie und drückt sich fester an ihn, „wenn wir jetzt noch tüchtig sparen, können wir vielleicht im Herbst schon heiraten.“

Die Aussperrung im Zeitungsgewerbe

Der Stand der Bewegung ist unverändert. Die in der Bewegung stehenden Angestellten und Arbeiter sind auf neue Angriffe des Unternehmertums vorbereitet und die Maßnahmen zur solidarischen Abwehr durch die Gesamtheit der organisierten Arbeiter- und Angehörigen sind getroffen. Das Unternehmertum bleibt hartnäckig bei seiner Auffassung, und es hat den Anschein, als wenn auf dieser Seite alle Register gezogen werden, um weitere Verschärfungen des Kampfes herbeizuführen. Die Arbeiterschaft kann allem dem ruhig entgegensehen. Ebenso wartet sie die Vermittlungslösungen ab, die, wie wir hören, von verschiedenen Seiten, anscheinend auch vom Reichsarbeitsministerium geplant werden. Die Behörden scheinen nur der Ansicht zu sein, daß der rechte Augenblick für ihr Eingreifen noch nicht gegeben ist. Wahrscheinlich erwarten sie von einer Fortsetzung des Kampfes ein Nachlassen der Kampfkraft und eine zunehmende Nachgiebigkeit bei der Arbeiterschaft, die ihnen dann ihre „Vermittlung“ erleichtern würde. Sie werden sich ebenso getäuscht sehen, wie die Zeitungsherren.

Das große Sparen

Den Finanzgymnastikern des Reiches steht das Wasser an der Kehle. Sie stehen vor dem großen Loch, das sie durch ihre Fuderwirtschaft selbst gegraben haben. Nun haben sie sich, wie wir schon berichteten, einen Finanzdirektor eingesetzt. Dieser legt ein vorzügliches Programm für die Verringerung der Reichsausgaben vor, aus dem wir folgende Hauptsätze wiedergeben:

Es dürfen von keinem Reichsministerium und keiner nachgeordneten Reichsbehörde oder Reichsstelle oder einzelnen Beamten irgendwelche Maßnahmen, Neueinrichtungen oder Anordnungen, welche neue durch den Reichshaushalt oder sonstigen gesetzliche Vorschriften nicht bereits genehmigte Ausgaben zur Folge haben oder haben können, ohne vorherige rechtzeitig eingeholte Zustimmung des Reichsfinanzministers getroffen werden.

Neue Aufgaben dürfen nur aufgenommen und von Ländern, Gemeinden oder sonstigen öffentlichen oder privaten Organisationen auf das Reich übernommen werden, wenn ihre Inangriffnahme ohne jede persönlichen oder sachlichen Kosten für die Reichskasse möglich ist, oder es sich um unbedingt lebenswichtige Interessen des Reiches handelt und die Uebertragung der Aufgaben auf andere Schultern (Länder, Gemeinden oder öffentliche oder private Körperschaften) ausgeschlossen ist.

Neue Verwaltungseinrichtungen dürfen nicht geschaffen, bestehende nicht vergrößert werden. Insbesondere dürfen grundsätzlich neue Stellen nicht geschaffen, vorhandene Ausgabeposten anderer Art nicht erhöht werden. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind nur zulässig, sofern es sich um unbedingt lebenswichtige Interessen für das Reich handelt. Die Wirkungen dieser Maßnahmen des allgemeinen Sparens werden zunächst und vor allem die Beamten und Angestellten des Reiches zu spüren bekommen, denen gegenüber sich die Knäuelerei der Behörden noch weiter steigern wird. Sie mögen auf der Hut sein! Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen und engste Fühlung mit den organisierten Arbeitern ist eine Aufgabe, deren Dringlichkeit auch dadurch wieder nachgewiesen wird.

Eine bemerkenswerte Gründung

Am 8. Oktober fand in München die erste öffentliche Versammlung der neuen Christlich-sozialen Partei statt, in der Gewerkschaftssekretär Koch das referierte. Es kam dabei eine scharfe Abgabe an die bayerische Volkspartei zum Ausdruck, durch deren feudale Politik die christliche Arbeiterschaft zu kurz kommen müßte. Die neue Partei darf nicht mit den überreichlichen Christlichsozialen verwechselt werden. Es handelt sich vielmehr um eine sehr ernst zu nehmende „religiöse“ Streikung des christlichen Kommunismus, die zwar den Klassenkampf ablehnt, aber doch politisch „sozialistisch“ so weit als möglich gehen will. Inwieweit es dieser neuen Partei gelingt, einen Keil in die kerkerhafte Bayerische Volkspartei zu treiben, läßt sich heute nur schwer beurteilen.

Schauerliche Geschehnisse. Der Rechtsanwalt Lamp in Ebersfeld ist wegen Dynamitvergehens verhaftet worden. Er soll mit der Sprengung eines Briefkastens in Verbindung stehen. Der Kommunist Schäfer in Remscheid ist erneut verhaftet worden.

Es wird ja jetzt auch alles billiger werden.“ Seine Schritte werden unwillkürlich schneller, er preßt ihr den Arm in wilder Zärtlichkeit, aber seine Augen sehen geradeaus. Seine Lippen sind wie zusammengeklammert.

Da übermannt sie ein Jitters. „Du, was hast du?“ In ihrer Stimme liegt das Ahnen einer nahherigen Faust, die ihr Leben zertrennen will.

„Du, Hans, was ist denn?“ wiederholt sie leise — und bleibt stehen.

Kind... Es müßte sich aus jenem Hasse heraus und klingt rau und kurz. „Bei uns ist gestern allen Arbeitern gekündigt worden.“

Seine Augen blicken noch mit hartem Glanz geradeaus. Endlich wendet er den Kopf, sieht ihr in die plötzlich nassen Augen und sagt zärtlich:

„Ich hab's dir vorher nicht sagen können. Ich konnte dir den Sonntag nicht verderben.“

Feier von Beethovens 130. Geburtstag. Der preussische Minister für Kunst und Volksbildung Haentgen hat folgenden Erlass herausgegeben: Am 16. Dezember dieses Jahres wird das deutsche Volk und mit ihm alle kultivierten Nationen, des 50. Geburtstages Ludwig von Beethovens feierlich gedenken. Der Tag ist für mich ein geeigneter, auf die hohe Bedeutung hinzuweisen, die der Tonkunst im geistigen Leben unseres Volkes selbst eigen gewesen ist. Ich halte es für erwünscht, daß der Gedenktag in würdiger Form begangen wird, durch Veranstaltung entsprechender Vorträge, oder, soweit es die Verhältnisse gestatten, durch besondere musikalische Darbietungen. In den Schulen werden an den genannten Tagen die älteren Schulkinder auf die Bedeutung des großen Tonmeisters in geeigneter Weise hinzuweisen sein.

Humboldt-Hochschule. Philosophische Vorträge und Uebungen von Dr. Max Apel: „Einführung in die Philosophie“ Montags 7½ bis 9 Uhr, Siegfried Str. 8a und ebenso Freitags 7½ bis 9 Uhr, Weidenburger Str. 4a. „Die Weltanschauung“ (mit Aussprache) Donnerstags 7½ bis 9 Uhr, Georgenstr. 30/31. „Die Relativitätstheorie und die Philosophie“ Dienstags, 7 bis 8 Uhr, Ludwigstr. 84 d.

Große Volksoyze. Heute 7½ Uhr, Neue Welt, Hafenstraße 108-114, Aufführung der 9. Symphonie von L. van Beethoven unter musikalischer Leitung des Intendanten der Staatsoper Max von Schilling und unter Mitwirkung der Damen Hansa, Branzell und der Herren Armster und Henke.

Die Arbeiter-Kunst-Ausstellung ist genötigt, wegen zu hoher Mietspreise ihre Ausstellung in den eigenen Räumen, Kommandantenstr. 62, mit der Höchstzahl von 1200 Arbeiten am 1. November zu eröffnen.

In der Volkshöhle wird in Abänderung des Spielplans am Mittwoch, den 13. 10., abends 7½ Uhr, Calderons „Der Kisch von Zalamea“ zur Aufführung gelangen.

Der Parteitag in Halle

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Halle, 12. Oktober.

Der Parteitag wird 1/11 Uhr vom Genossen Crispian eröffnet. Er betont, daß der Parteitag nicht zu den wichtigen politischen Fragen, die die Gegenwart beschäftigen, Stellung nehmen kann, daß er sich auch mit den unbedingt notwendigen Aktionen nicht beschäftigen könne, bevor nicht Klarheit über die Stellung und die Wege, die die Partei künftig einschlagen soll, geschaffen sei. Der außerordentliche Parteitag müsse sich damit befassen, wie die Partei in Zukunft ihre innere und äußere Politik einrichten wolle. Die Frage sei jetzt so zu stellen, ob die U. S. P. so bleiben wolle, wie sie bisher gewesen sei, oder ob sie in die kommunistische Partei aufzugehen die Absicht habe.

Crispian verweist auf die einzelnen Punkte der Bedingungen der Moskauer Internationale, aus denen hervorgeht, daß bei der Annahme der Bedingungen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sich der kommunistischen Partei anschließen müsse. Wer daran noch gezweifelt habe, der sei durch ein Pamphlet jetzt eines Besseren belehrt worden, das heute morgen die Delegierten auf ihrem Tische vorgefunden hätten. Es ist dies ein „offenes Schreiben“ des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, die damit einen neuen Beweis von Hinterhältigkeit geliefert habe. Dem Zentralkomitee dieses Schreibens erst in dieser Minute zugänglich gemacht worden. Aus diesem Schreiben gehe mit Klarheit hervor, daß die Auslegung der Bedingungen, wonach die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sich der kommunistischen Partei anschließen müsse, richtig sei. Jetzt darf es

keine Vermischung und keine Vertuschung mehr

geben. Für Crispian sei es keine Frage, daß die U. S. P. ihre geschichtliche Mission noch nicht erfüllt habe, sondern ihre Daseinsberechtigung noch in voller Kraft erwiesen wird. Er habe keinen Zweifel daran, daß die U. S. P. D. auch aus diesem Sturm neu gekräftigt hervorgehen solle. In diesem Sinne erklärt er den Parteitag für eröffnet.

Crispian teilt weiter mit, daß über

die Besetzung des Präsidiums

bereits eine Verständigung zwischen den beiden Richtungen stattgefunden habe. Es wird danach den folgenden Vorschlägen debattelos zugestimmt: Dittmann und Braß als Vorsitzende, Hoffmann, Eberfeld, Liebmann, Leipzig, Fuhs, Magdeburg, Sabel, Berlin, Pleitner, Hannover, Düwelle, Jetz als Schriftführer gewählt. In der Mandatsprüfungskommission werden je vier Genossen der beiden Richtungen gewählt. Auf einen Vorschlag Dittmanns, der den Vorschlag inzwischen übernommen hat, wird die Geschäftsordnung so gehandhabt werden, wie bereits in Leipzig.

Auf Vorschlag des Zentralkomitees sollte auf die Tagesordnung gesetzt werden:

1. Geschäftsbericht der Zentralkommission und Bericht der Kontrollkommission.
2. Die Frage der kommunistischen Internationale, und zum Schluß Wahl der Zentralkörper.

Genosse Flehner-Dresden stellt hierzu den Antrag, daß die Frage der Internationale zuerst behandelt werden sollte. Dieser Parteitag trage den Charakter eines außerordentlichen Parteitages, der sich über die künftige Politik der Partei schlüssig werden müsse. Deshalb müsse die grundlegende Frage der Internationale zuerst behandelt werden.

Wolff Hoffmann widerspricht dem. Die Parteigenossen hätten ein Recht darauf, den Geschäftsbericht zu hören und zu wissen, wie es um die Rassenführung bestellt sei.

Dittmann-Frankfurt führt aus, daß die Internationale die Kernfrage des Parteitages sei und daß sie deshalb zuerst behandelt werden müßte.

Koenen tritt für Ablehnung des Antrages ein. Es sei jetzt noch gar keine Frage darüber zu stellen, wer die Absicht habe auszuscheiden. Es müsse Klarheit über den Stand der Organisation und der Rasse geschaffen werden.

Da die Abstimmung durch Handaufheben zweifelhaft ist, werden die Stimmen ausgezählt. Der Antrag wird mit 261 gegen 174 Stimmen abgelehnt. Es kommt wiederum zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte. Zunächst teilt der Vorsitzende Dittmann mit, daß im Saale Dr. Levi von der U. S. P. D. Absicht von der K. U. P. D. und P. Sempfer von der Aktion anwesend seien. Er fordert alle diejenigen Personen, die nicht Mitglieder der U. S. P. D. sind, auf, sich aus dem Saale zu entfernen. Lipinski führt aus, daß bedeutend mehr Genossen gestimmt hätten, als Delegierte anwesend sein könnten. Er bestreitet die Gültigkeit der Abstimmung.

Rosenfeld stellt fest, daß die Zentralkommission nur 382 Mandate zu vergeben hatte. Es sind also 43 Delegierte mehr anwesend, als Mandate zu vergeben waren. Schon aus diesem Grunde muß gegen die Gültigkeit der Wahl Protest erhoben werden. Genosse Koenen meint, selbst wenn von der Mehrheit die 43 unzulässigen Stimmen abgezogen werden, so bleiben immer noch soviel zurück, daß der Antrag abgelehnt wird.

Der Vorsitzende Dittmann macht in dieser Situation den Vorschlag, daß man eine Verständigung ohne einen Beschluß herbeiführen soll, daß der Geschäftsbericht zunächst einstimmig angenommen werde. Dem wird ohne Widerspruch zugestimmt.

Bedebour als Vorsitzender der Reichstagsfraktion teilt mit, daß gegebenenfalls die Fraktion zu einer Sitzung zusammenberufen werden soll, um zu der Situation in der Partei Stellung zu nehmen.

Darauf gibt die Genossin Zieg den Geschäftsbericht.

Parteitag der Rechtssozialisten

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Cassel, 12. Oktober.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission am gestrigen Abend ergab 365 Teilnehmer, darunter 283 Delegierte, 40 Mitglieder des Parteiaususses, 17 Vertreter der Reichstagsfraktion, 16 Mitglieder des Parteivorstandes, 8 Mitglieder der Kontrollkommission.

In der heutigen Vormittagsitzung wurde die Debatte fortgesetzt.

Geierhahn-Kiel erzählt, daß in Kiel täglich 30 Mitglieder der U. S. P. zur Sozialdemokratischen Partei zurückkehren, namentlich ältere Genossen. Um die Führer wollen wir uns aber nicht bemühen, sie kommen selber von selber. Der Austritt aus der Regierung war richtig, wir wollen keine Abstinenzpolitik treiben. Mit einer monarchistischen Partei wollen wir nicht zusammenarbeiten. Aber diese Regierung muß bald gekürzt werden. Die Minister müssen bessere Verbindung mit dem Volk aufnehmen, dann werden schädliche Führer, wie „Von Kiel bis Kapp“, nicht mehr geschrieben werden.

In der weiteren Debatte sprach u. a. Heinrich Schulz über die Bildungsbestrebungen und die Jugendbewegung. Die Jugendpflege gehe immer mehr und mehr zur Jugendbewegung über. Die jüngeren Genossen von 18 bis 25 Jahren haben sich zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen, die sich Jugendsozialisten nennen. Sie wollen auf dem Boden der Partei arbeiten.

Schulz fordert, daß die Partei sich lebhaft für die Bildungsarbeit einsetzt und für die Erfüllung der Kulturaufgaben durch die Republik eintritt. Die Debatte wird geschlossen. Im Schlußwort protestiert Wels gegen Kobens Kontinentalpolitik, insbesondere gegen einen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, wo er Milferand feiert und die Führer der Sozialdemokratie verächtlich, daß sie nicht alle von sozialistischen Grundfragen erfüllt sind.

Wels empfiehlt die verschiedenen Anträge, die

die Regierungsbildung

behandeln, fallen zu lassen zugunsten eines Antrages, der vom Parteivorstand und Ausschuh gestellt wird. Er lautet folgendermaßen:

„Da das Ergebnis der Reichstagswahlen der früheren Koalition eine tragfähige Mehrheit nicht mehr gewährte, da eine nach rechts hin erweiterte Koalition mit den Interessen der Arbeiterklasse nicht vereinbar war, da die U. S. P. D. sich weigerte, in eine zur Verteidigung der republikanischen Einrichtungen und zur Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften der Revolutionszeit zu bildende Regierung einzutreten, war nach den Reichstagswahlen der Austritt der Sozialdemokratischen Partei aus der Regierung notwendig geworden. Der Parteitag billigt daher die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zur Regierungsbildung ausdrücklich. Ein Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung kann nur in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und eine pazifistische auswärtige Politik erheischen, ihn zwingend erfordern.“

Die Hamburger Diktatoren

Der „Hamburger Volkszeitung“ sind unsere Feststellungen, daß die Urwahlen in Hamburg eine unwürdige Komödie waren, höchst unangenehm. Sie versucht es gar nicht erst, den Kern unserer Behauptungen abzuschwächen, sondern glaubt durch eine Flut von Kraftausdrücken den üblichen Eindruck verwischen zu können. Zugleich erhalten wir vom Vorstand des Hamburger Ortsvereins die Mitteilung, die Wahl sei „ordnungsgemäß“ erfolgt, es seien Wählerlisten angefertigt und auch eine Abstimmung der Mitgliederbücher sei vorgenommen worden.

Diesen Behauptungen gegenüber halten wir noch wie vor an dem fest, was uns unser Gewährsmann aus Hamburg mitgeteilt hat. Es bleibt die Tatsache bestehen, daß die „Volkszeitung“ die Gegner der Bedingungen mit keiner Zeile zum Wort kommen ließ, dafür aber die Gründe der Befürworter um so tendenziöser herausstrich. Es bleibt dabei, daß es den Gegnern der Bedingungen nicht gestattet wurde, ihre Liste im Textteil der „Volkszeitung“ zu veröffentlichen und daß ihnen auch der Inseratenteil verschlossen wurde. Es bleibt dabei, daß die Hamburger Diktatoren eine Urwahl überhaupt nicht vornehmen wollten. Sie verleugneten deshalb ihr eigenes Orisstatut, in dem sie den Paragraphen 14, der Urwahlen bei allen wichtigen Entscheidungen ausdrücklich vorsch, aus dem Orisstatut einfach herausstrichen. Erst als die Erklärung des Zentralkomitees — ohne Urwahl kein Mandat! — kam, bequemen sich die Herrschaften zu einer Wahl und machten aus ihr — eine Komödie! Will der Vorstand von Hamburg etwa abstreiten, daß er beschlossen hat, die Urwahl der Gegenseite nicht anzuerkennen, da durch sie „die Partei gesplittert“ würde? Die Schliche und Kniffe der Abschleppern-Diktatoren von Hamburg sind zu plump, als daß es sich noch lohnt, die Macher persönlich ernst zu nehmen. Hinter der Art, wie sie ihre Gegner mundtot zu machen versuchen, verbirgt sich nichts weiter als die eigene Unfähigkeit und Dummheit. Und daran werden sie selber schneller als sie glauben zugrunde gehen.

Die Nichtkommunisten werden in Hamburg bereits aus der U. S. P. D. geschmissen. In einer Notiz der „Volkszeitung“ wird diktiert:

„Auf Grund eines Antrages des Ortsvereins Hamburg hat der Bezirksvorstand Westerlande die folgenden Genossen wegen Disziplinbruchs ausgeschlossen: Paul Wagner, Otto Loges, Karl Kossow, Adolf Weltritt, W. Saalfeld.“

Eine Begründung ist dem Diktat nicht beigelegt. Die Sekte will eben unter sich sein. Ungläubige werden nicht gebadet.

Ein neuer Kämpfer

Unsere Hamburger Genossen, die sich nicht von heute auf morgen der kommunistischen Diktatur unterwerfen können, und die durch das Organ, welches sie ins Leben gerufen haben, jetzt mandatiert gemacht werden, geben vom 13. Oktober ab ein eigenes Blatt heraus. Es wird den Titel „Hamburger Tribune“ führen und täglich einmal erscheinen. Wir wünschen dem jungen Unternehmen viel Glück auf seinem Weg.

Eine Falschmeldung

In einer Anzahl von Parteiblättern, so in der „Bergischen Arbeiterstimme“, „Gothaer Volksblatt“ usw. ist — anscheinend aus einer der neukommunistischen Eigenzentralen kommend — die Nachricht verbreitet worden, daß in Berlin 30 000 M. Parteigänger mißbraucht worden seien, um Flugblätter gegen die Annahme der Moskauer Bedingungen zu drucken.

Wie uns vom Kassierer des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg, Gen. Herbst, mitgeteilt wird, ist diese Nachricht von Anfang bis Ende unwahr. Es ist kein Pfennig Parteigeld für den Druck der Flugblätter der Anschlaggegner verwendet worden. Es ist eine Schande für die Befürworter des unbedingten Anschlusses, wenn sie zu derartigen unwürdigen Methoden greifen, um für ihre Sache Stimmung zu machen.

Aus der Partei

Charlottenburg

In der am 5. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung Charlottenburg, wurde nach einem Bericht des Genossen Kromer über die letzten Vorgänge in der Prekominmission der folgende Antrag gegen 15 Stimmen angenommen: Die am 5. Oktober versammelten Mitglieder der U. S. P. D. Charlottenburg sprechen der „Freiheit“-Redaktion wegen ihrer politischen Schreibweise das härteste Mißtrauen aus und verlangen den sofortigen Rücktritt der gesamten „Freiheit“-Redaktion.

8. Distrikt

In der Generalversammlung des 8. Distrikts, vom Freitag, den 1. Oktober, wurde nach Berichterstattung des Prekominmissionsmitgliedes Eichhorn folgender Beschluß gegen 2 Stimmen angenommen: Die Generalversammlung des 8. Distrikts erklärt sich einverstanden mit den Beschlüssen der Prekominmission. Auch sie fordert die sofortige Erneuerung der Redaktion, um die Meinung der Berliner Genossen zur Geltung zu bringen.

Gewerkschaftliches

Bericht über den Betriebsrätekongreß

Donnerstag, den 14. Oktober 1920, abends 7 Uhr, findet im Großen Saal des Kriegervereins-Hauses, Berlin, Chausseest. 94, eine Versammlung aller in Ma-Verbänden organisierten Betriebsräte, Angestelltenräte und Betriebsobleute statt. Berliner Delegierte des Betriebsrätekongresses werden über die Verhandlungen berichten. Weiter wird auch schließlich Stellung genommen werden müssen zu der Auswirkung der auf dem Kongreß gefassten Beschlüsse. Das Erscheinen jedes Betriebsratsmitgliedes ist Pflicht.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände,

Lohnbewegung der Kopierarbeiter

Die gestern abend im Gewerkschaftshaus tagende, von etwa 1800 Kollegen besuchte Vollversammlung, nahm einstimmig den Bericht des Genossen Brögel über den Betriebsrätekongreß entgegen.

Im Anschluß daran referierte Genosse Dilge über den Stand der Lohnbewegung. Der zum 9. Oktober vor dem Schlichtungsausschuß angelegte Termin wurde infolge Todes des Unternehmer-Vorsitzenden Lichtstein auf den 13. Oktober verlagert. Da die Unternehmer, die überaus mäßigen Forderungen durch Schreiben vom 21. September abgelehnt haben, soll der Schlichtungsausschuß entscheiden. Die Stimmung der Anwesenden ließ keinen Zweifel darüber, daß sie gewillt sind, ihre Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten. Auch vor einem Streik nicht zurückzukreten. Nach erfolgtem Schiedspruch wird eine Vollversammlung die letzte Entscheidung fällen. An Stelle von König wurde Genosse Sternbeck als stellvertretender Branchenleiter gewählt.

Groß-Berlin

An unsere Abonnenten!

Technischer Schwierigkeiten wegen konnten einzelne Expeditionen nicht mit der heutigen Morgenausgabe beliefert werden. Diese Zeitungen werden mit der Abendausgabe ausgetragen. Wir bitten unsere Abonnenten um gefl. Rücksichtnahme.

Der Verlag.

Der Redaktionsdienst während des Parteitages

Die Berliner Parteiorganisationen möchten wie darauf aufmerksam machen, daß während der Dauer des Parteitages in dieser Woche die Telefonverbindungen der „Freiheit“ und die für den telephonischen Dienst zur Verfügung stehenden Kräfte durch die Berichterstattung vom Parteitag sehr stark in Anspruch genommen sein werden. Die Folge wird sein, daß telephonisch gegebene Nachrichten über Veranstaltungen, Versammlungen und Sitzungen der Parteiorganisationen nicht mit der üblichen Pünktlichkeit aufgenommen und erledigt werden können.

Wir erlauben daher die Funktionäre der Partei im Interesse der pünktlichen Anündigung ihrer Veranstaltungen, die zur Ausnahme bestimmten Notizen rechtzeitig durch die Post an die Redaktion zu vermitteln. Die gleiche Aufforderung richten wir an die Gewerkschaftsorganisationen und an alle anderen Vereinigungen der Arbeiterbewegung, die unseren Vereinskalendar zu benutzen pflegen.

Der Kampf der Kirche um die Seelen

Wenn jemand aus der Kirche austritt, erhält die zuständige Kirchengemeinde vom Amtsgesicht Nachricht. Dann erinnert sie sich ihrer Mitglieder, die ohne weiteres zugeschrieben worden sind. Dann findet sich bei dem Ausretenden ein Pastor oder ein Missionar ein und macht Bekehrungsversuche. Es gibt auch Kirchengemeinden, die auf Vorrat gedruckte Anschriften versenden. Darin werden die Vorteile aufgezählt, die die Kirche ihren Angehörigen gewährt. In einem solchen Bekehrungsschreiben, das die Versöhnungsgemeinde (Bernauer Straße) versendet, heißt es über die Folgen des Austritts u. a.:

„Verlust des Anspruchs auf seelsorgerliche Bedienung, des Rechtes der Taufpatenschaft, der Teilnahme am heiligen Abendmahl, auf kirchliche Ehren und geistliche Begleitung bei der Beerdigung, des kirchlichen Wahlrechts, des Anspruchs auf Beerdigung auf dem kirchlichen Begräbnisplatz und des Anspruchs auf kirchliche Hilfe, Krankenpflege und andere Wohlthaten und Einrichtungen, die nur für Mitglieder der Kirche bestimmt sind.“

Nachdem im einzelnen die Lebensfähigkeit der Kirche im hellste Licht gerückt worden ist, heißt es weiter:

„Gewiß haben auch Sie in Ihrer eigenen Familie oder im Bekanntenkreis etwas von dieser helfenden Liebesarbeit in unserer Gemeinde gesehen oder erlebt. Und Sie sollten nicht die ruhigen Herzen dieser Kirche, vielleicht ohne daß es Ihnen zum Bewußtsein kommt, Ihre Liebe und Ihre Mittel entziehen und auf all das Gute, das von ihr kommt, verzichten.“

Die bevorstehende Trennung von Kirche und Staat, die mit uns freunden begrüßen, macht die Kirche unabhängig von jeder staatlichen Regierungsform. Sie weiß sie in die ihr von Gott geordnete Welt des Geistes, aus der heraus sie die christlichen Forderungen der Liebe und Gerechtigkeit in das Volkswesen hineinzuvermitteln will. Wir heißen einen jeden, welcher parteipolitischen Richtung er auch angehört, der guten Willens ist in unserer Kirche willkommen.“

Eine Frau, die seit 10 Wochen aus der Kirche ausgetreten ist und die das vorstehende Schreiben erhielt, bittet uns, dem Gemeindeführer Ihre Antwort auf diesem Wege zugehen zu lassen. Sie lautet:

Sehr geehrter Herr Pastore!

Ihre Mühe, ein verlorenes Schaf in den Schoß der Kirche zurückzuführen, ist vergeblich. Die Folgen meines Austritts werde ich ruhig tragen. Ich bin in die Ehe gegangen ohne Ihren kirchlichen Segen und ich habe ihn bis heute noch nicht vernommen. Ich kenne andere Ehen, die im Himmel geschloffen wurden, mit denen ich nicht tauche. Aber ich habe gesehen, daß die bestellten Seelsorger im Kriege die Lehre Jesu vernachlässigt haben. Sie haben den Massenmord verherrlicht, haben Dankgottesdienste abgehalten, wenn Tausende, Zehntausende tot auf den Schlachtfeldern lagen. Aber das waren unsere „Heinde“, wie Sie predigten, doch waren es Menschen wie wir. Sie haben sich den jeweiligen Machhabern dienbar gemacht wie die Dirne, die auf der Straße ihren Leib verkauft. Ich Gott, Kaiser und Reich mußte sich auch mein Mann die Knochen zerbrechen lassen und keiner gibt uns was! Ich habe diese Kirche unterläßt, gebe ich lieber den letzten Pfennig Armen und Hilflosen. Unter dem schwarzen Talar ging im Kriege der Wolf einher in Berlin eines elenden elenden Kriegshärsers. Meine vornehmste Pflicht ist es, bisher Gläubige der Kirche abspenstig zu machen.

Mit menschenfreundlichen Grüßen

Frau A. G.

So, nun weiß es die Kirche, wie die Arbeiterfrau denkt. Zehn tausende denken ebenso.

Die gemeinsamen politischen Gesinnungen und Interessen werden erst durch die Anmeldung ihrer genauen Ansprache in der Zeit von 2 bis 6 Uhr nachm. in der Mantelstraße 72, Lokal 1002 zu melden.

Der Ausschuh.
Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Am Mittwoch, den 13. 10. 20, abends 7 Uhr, findet in der „Knecht“

